

PRO ASYL-Preisträgerin Nissrin Ali: „Keine Abschiebungen in den Folter-Staat Syrien!“



Kundgebung vor dem Deutschen Bundestag

Am 27. Januar 2010 haben sich mehrere politische Gruppen, darunter die Karawane München, vor dem Deutschen Bundestag in Berlin zu einer Kundgebung und Theaterperformance versammelt. Anlass war die Befassung des Innenausschusses des Bundestages mit Anträgen der Opposition zum Thema „Rückübernahmeabkommen mit Syrien“. Insgesamt nahmen knapp 100 Personen an der Protestveranstaltung teil. Die Forderung: **Keine Abschiebungen nach Syrien!** Während die Politiker der Regierungskoalition die Anträge auf Kündigung des Rückübernahmeabkommens niederstimmten, brachten die Demonstranten draußen ihre Empörung über die skandalöse Rückführungspolitik lautstark zum Ausdruck. Mit einem eindringlichen Redebeitrag meldete sich auch die Preisträgerin des Menschenrechtspreises der Stiftung PRO ASYL, Nissrin Ali, zu Wort. Sie forderte die Politiker auf, für den sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Syrien zu sorgen.

Nissrin Ali: „Syrien ist ein Folter-Staat. Wenn ihr uns abschiebt, dann kommen wir nicht in ein sicheres Land. Sie werden uns ins Gefängnis werfen. Sie werden uns im Gefängnis schlagen, umbringen oder jahrelang leiden lassen. In Syrien gibt keine Demokratie. Syrien hat keine Menschenrechte. Syrien hat keine Freiheit. In Syrien haben wir keine Sicherheit, wir haben Angst. Wir wollen nicht ins Gefängnis. Wir wollen keine Folter - nicht den Tod. Wir wollen nicht leiden. Nein! Wir wollen Freiheit. Keine Abschiebung nach Syrien!“

Dass die Sorge der Demonstranten nicht unbegründet ist, zeigen die Fälle der aus Syrien zurückgeschobenen Flüchtlinge. In einem der Fälle wurde bekannt, dass der Betroffene nach seiner Abschiebung inhaftiert und mit einem konstruierten Strafverfahren überzogen worden ist. Es drohten Jahre in Haft unter menschenrechtswidrigen Bedingungen.

Die Angst vor der Abschiebung unter den Betroffenen ist groß. Nissrin – selbst aus Syrien stammend und ohne sicheres Aufenthaltsrecht in Deutschland – teilt die Sorge der rund 5.000 geduldeten Flüchtlinge aus Syrien. Sie befürchten, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, wenn sie abgeschoben würden.

Die Demonstranten appellierten an die Humanität der deutschen Politiker und forderten sie auf, auf Seiten der Flüchtlinge zu stehen, das Rückübernahmeabkommen mit Syrien zu kündigen und die Abschiebungen zu stoppen.